

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
 Älteste Zeitung des Bezirkes

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 M., ohne Porto.
 Einzelne Nummern 10 Pf.
 Postamt: Dippoldiswalde Nr. 2.
 Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechs ersten Zeilen zu 10 Pf., die folgenden zu 5 Pf. pro Zeile. In der ersten Spalte zu 15 Pf. pro Zeile. In der zweiten Spalte zu 10 Pf. pro Zeile. In der dritten Spalte zu 5 Pf. pro Zeile. In der vierten Spalte zu 3 Pf. pro Zeile. In der fünften Spalte zu 2 Pf. pro Zeile. In der sechsten Spalte zu 1 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur: **Douf Jehne.** — Druck und Verlag: **Carl Jehne in Dippoldiswalde.**

Nr 166

Mittwoch den 19 Juli 1922

88. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen.

Der Stiftungsausschuß der Deutschen Uhrmacherschule in Glaschütze beabsichtigt, nach Maßgabe der bei der unterzeichneten Behörde zur Einsicht ausliegenden Zeichnungen und Beschreibungen die Spül- und Pissoir-Abfallwässer aus dem Gebäude der Deutschen Uhrmacherschule nach Klärung in einer biologischen Kläranlage dem Brühlgraben zuzuführen.

Gemäß §§ 231, 33 des Wassergesetzes vom 12. 3. 1909 sind Einwendungen hiergegen binnen 2 Wochen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen.

Die Beteiligten, die sich in der bestimmten Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch gegen die von der Behörde vorzunehmende Regelung.

Die auf besonderen privatrechtlichen Titeln ruhenden Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht ausgeschlossen. Rr. 93 a L.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 11. Juli 1922.

Auf Blatt 17 des hiesigen Vereinsregisters ist heute die privilegierte Schützengesellschaft zu Dippoldiswalde mit dem Sitze in Dippoldiswalde eingetragen worden. 1 A. Reg. 53c/22.

Amtsgericht Dippoldiswalde, am 14. Juli 1922.

Im Laufe dieser Woche findet eine **gemeinschaftliche Übung beider Feuerwehren** statt. Der Beginn derselben wird durch Alarm bekannt gemacht. Stadtrat Dippoldiswalde.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde wird die Bezirksstraße Kreischa-Niedersedlitz zwischen Gombfen und Kreischa, unterhalb des Sanatoriums in Kreischa von Montag den 24. Juli bis mit Freitag den 28. Juli 1922 wegen Auswechslung von Gleisen für den öffentlichen Fahrverkehr gesperrt.

Schwere Fahrzeuge, von Dresden oder Niedersiedlitz kommend, werden in Lockwitz über Borthen, leichte Fahrzeuge über Gombfen-Wittgensdorf verwiesen. Kreischa, den 18. Juli 1922. Die Betriebsverwaltung der Lockwitzalbahn.

Vertikales und Sächsisches

Dippoldiswalde. Bei fortgesetzten Regenschauern und ausnehmend niedriger Temperatur herrscht seit Montag ein äußerst heftiger Weststurm, der namentlich an den Obstbäumen großen Schaden durch Abbrechen von Ästen und Herabreißen der Früchte verursacht. — Das Barometer ist in langsamem Aufsteigen begriffen, so daß mit baldigem Bessern der Witterung zu rechnen sein dürfte, die der noch nicht ganz beendeten Feuernte nur von Nutzen sein kann.

Dippoldiswalde. Mit welcher geringen Mitteln — an heutigen Verhältnissen gemessen — früher unsere Gemeindefinanzen in Ordnung gehalten werden konnten, daran soll folgende Zusammenstellung der Fehlbeträge erinnern, die durch Gemeindegroßsteuer und Gemeindegroßsteuer zu decken waren. Sie betragen 1905: 36 056,33 M.; 1906: 37 222,91 M.; 1907: 39 000.— M.; 1908: 47 530.— M.; 1909: 50 696,83 M.; 1910: 55 339,24 M.; 1911: 63 594,81 M.; 1912: 61 358,57 M.; 1913: 67 911,59 M.; 1914: 71 393,25 M.; 1915: 76 980,01 M.; 1916: 75 193,15 M.; 1917: 84 837,97 M.; 1918: 111 460,41 M.; 1919: 159 906,22 M. Später wurden dann durch Änderung der ganzen Steuererhebung die Verhältnisse von Grund aus anders, leider — auch im allgemeinen — täglich schlechter.

Im Laufe dieser Woche wird eine Alarmübung beider städtischer Feuerwehren stattfinden. Wir verweisen auf die diesbezügliche Bekanntmachung.

Der Bußtag gesetzlicher Feiertag. Das Reichsgericht fällt eine Entscheidung, daß der Bußtag nach wie vor gesetzlicher Feiertag und Arbeit in den Fabrikbetrieben am Bußtag unberechtigt sei.

Die nächste Mutterberatungsstunde des Wohlfahrtsvereins Dippoldiswalde-Stadt und Umgebung findet am Donnerstag den 20. Juli nachmittags 2—3 Uhr im Diakonatsst. statt.

Dippoldiswalde. Es dürfte nicht uninteressant sein, einige Positionen des 1922er Haushaltsplanes, wie wir sie in den Stadtverordnetenitzungen festhalten konnten, mit den vorjährigen Einstellungen und denen im Haushaltsplan des letzten Friedensjahres, 1914, zu vergleichen. Die Entwertung der Mark zeigt sich hier in erschreckender Weise. Die Gegenüberstellung zeigt aber auch den Grund für die täglich trauriger werdenden finanziellen Verhältnisse der Gemeinden.

1914	1921	1922	
M.	M.	M.	
900	4500	13000	Hundesteuer
6200	41800	114700	Armenunterstützungen
3125	56825	116255	Fehlbetrag der Armenkasse
38570	599000	2034000	Einnahmen für elektrischen Strom und Zählermiete
—	21560	96370	Fehlbetrag der Gewerbeschule auf die Stadt entfallender Fehlbetrag der Handelsschule
—	6580	35000	Schuldzinsen an der Müllerschule
25000	200000	512000	Befolgungen usw. der Müllerschule
27806	187180	650620	Fehlbetrag der Müllerschule
8894	53477	594210	Miete aus städtischen Gebäuden (ohne Mietwohnhaus, 1914 waren die Wohnungen im Rathaus noch nicht vorhanden, auch gab es noch Dienstwohnungen)
2815	7700	20190	Einnahmen vom Fröhpacht usw.
4750	22275	250000	Ertrag der Wasserleitungen (1922 infolge nachträglichen Beschlusses noch 25 000 M. mehr)
6500	41400	87900	Aufwand für die Wasserleitungen
1000	24000	295400	Unterhaltung der Straßen, Plätze, Schleusen usw.
18050	138200	574200	Heizung des Armen- und Krankenhauses, der Bürgerschule und der Müllerschule sowie des Rathauses
4150	114500	268000	Beleuchtung der vorgenannten Gebäude
2600	13000	34800	Bezirkssteuer (1914 einschließlich Beitrag an den Fürsorgeverband) an den Wohlfahrtsvereinsverband
1500	48370	134800	Schuldzinsen und Schuldentilgung (ohne Mietwohnhaus)
—	12310	27705	Befolgungen usw. bei der Stadtkasse
28406	92800	148485	Deckungsmittel überhaupt
34453	370000	1200000	Bedürfnisse überhaupt
106328	1236955	2884970	Fehlbetrag des Gesamthaushaltsplanes, der 1914 durch Gemeinde-Grund- und Einkommensteuer zu decken war)
231721	1760675	4643480	
71393	523720	1758510	

Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1922 für Bürgerschullehrergehälter nichts eingestellt ist, ein wesentlicher Teil aber sicher die Stadt trifft. Während neuerdings Ausgaben vorhanden sind, die man 1914 noch nicht kannte (z. B. Erwerbslosen-, Klein- und Sozialrentnerfürsorge, Behebung der Wohnungsnot usw.), hatte man 1914 noch den Sparfassenüberschuß zur Verfügung, der heute und auf Jahre hinaus zur Deckung des Kursverlustes verwendet werden muß. Leider muß man annehmen, daß der schlechte Marktstand eine weitere Erhöhung der Ausgaben mit sich bringt, mit denen etwa erhöhte Einnahmen nicht Schritt halten. Hätte Dippoldiswalde nicht Wald und Feld, läge es noch viel schlechter aus. Die allgemeinen finanziellen Verhältnisse erfahren eine — für längere Zeit dauernde — Verschlechterung auch durch den steigenden Zinsendienst, da immer und immer wieder dies und jenes auf Anleihe genommen werden muß.

Reiseerfrischungen auf den Bahnhöfen. Der Reichsverkehrsminister hat Anordnung gegeben, daß von den Bahnhöfen Brotchen und frisches Trinkwasser zu mäßigen Preisen an den Jäger bereitgehalten wird, soweit das Bedürfnis anzuerkennen ist.

Als letzter Termin zur Einlösung allen Notgeldes ist nach einem Gesetzentwurf, der dieser Tage den finanzpolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschickte, der 30. September d. J. bestimmt.

Unnützes Beschreiben des Papiergeldes. Es bürgert sich immer mehr die Ansicht ein, die Banknoten, besonders die neuen Hundertmarkscheine zu beschreiben. Oft sind alle Ränder mit Rechenegumpeln, Mitteilungen und Gräßen usw. bemalt. Derartig vorfälschlich unbrauchbar gemachtes Papiergeld ist ungültig und wird von keiner amtlichen Kasse in Zahlung genommen, selbst die Reichsbank lehnt die Einlösung

ab. Deshalb ist bei der Annahme solcher Scheine Vorsicht geboten.

Frauenstein. In der letzten Sitzung des Schulausschusses wurde Lehrer Heß als Schulleiter gewählt.

Dresden. Das Errichten von Wohnbauten leidet außerordentlich unter den jedes Maß übersteigenden Preissteigerungen namentlich für Mauerziegel. Die sächsische Regierung sah sich deshalb genötigt, für Mauerziegel wieder Höchstpreise einzuführen. In der Kreishauptmannschaft Dresden kosten vom 15. Juli an bis auf weiteres 1000 Mauerziegel ab Werk frei Wagen bis zu 2400 M., in den Amtshauptmannschaften Bautzen und Kamenz bis zu 2650 M., in den Amtshauptmannschaften Löbau und Zittau bis zu 2930 M. Bei Kleinverkäufen wird ein Zuschlag auf den Kaufpreis erhoben: Bei unter 3000 Stück 5%, unter 1000 Stück 100%. Die Preise sind im Einvernehmen mit der Landespreisprüfstelle festgesetzt worden.

Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebr. Seck, Dresden. Der am 9. August d. J. stattfindenden Hauptversammlung der Gesellschaft soll vorgeschlagen werden, das Aktienkapital von 20 Millionen Mark um weitere 20 Mill. Mark auf 40 Mill. Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien sollen den alten Aktionären zum Kurse von 180% im Verhältnis von 1 zu 1 zum Bezuge angeboten werden.

Radeberg. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschließlich der Stadt Radeberg erhebt künftig eine Steuer für die gewerbmäßige Ueberlassung von eingerichteten Wohn- und Schlafräumen für Beherbergung für vorübergehenden Aufenthalt in Gasthöfen, Fremdenheimen, Privathäusern usw. Die Steuer beträgt im Durchschnitt 20% des Zimmerpreises und ist bereits vom Kreisausschuß genehmigt worden.

Bischofswerda. Die von der Stadt unter Mitwirkung der Industriellen angeschaffte Motorspritze wurde am Sonnabend durch den Vorsitzenden des Landesausschusses sächsischer Feuerwehren, Kammererrat Reiche-Bautzen, in Gegenwart der städtischen Kollegen, des Feuerwehrausschusses, der Freiwilligen Feuerwehr usw. abgenommen. Der Erbauer, Herr Müller jun. aus Döbeln, führte die Spritze unter eingehender Erläuterung vor. Die neue Spritze hat 38,5 Pferdekraft, der Motor macht in der Minute 1800 bis 2000 Touren und wirft 1000 Liter in der Minute.

Freiberg. Die städtischen Kollegien haben in gemeinschaftlicher Sitzung den Haushaltsplan für 1922/23 verabschiedet, der einen ungedeckten Fehlbetrag von 11 1/2 Millionen Mark aufweist.

Leipzig. Wie das Publikum getäuscht wird. Vom Rat der Stadt Leipzig wird den Zeitungen folgendes mitgeteilt: Vor einigen Tagen spielte an der Promenade am Neumarkt ein Bettler Geige. Ein um den Straßenbahnmast geschlungener Militärmantel erweckte den Anschein, als handle es sich um einen Kriegsbeschädigten. Eine blaue Brille täuschte Halbblindheit vor. Auf Befragen erklärte der Geiger, kriegsbeschädigt zu sein und für wohlthätige Zwecke zu spielen, ein Teil seiner Einnahmen käme Witwen und Waisen zugute. Durch ein Mitglied der von dem Ortsamt für Kriegsfürsorge, Nonnenmühlgasse 8, eingesetzten Kommission gegen das Bettelwesen wurde der Geiger als der Uhrmacher J. Langer aus Oschatz festgestellt. Er ist nicht kriegsbeschädigt und seine Angabe, für wohlthätige Zwecke zu spielen, war erlogen. — Ein anderes Kommissionsmitglied stellte in einer Gastwirtschaft zwei bettelnde Kriegsbeschädigte fest, die — der eine als blind mit blauer Brille von dem anderen, der stark schüttelte, geführt — reichlich Gaben zugewiesen erhielten. Beide waren junge, gesunde, arbeitsscheue und wiederholt vorbestrafte Menschen, denen der Wille zur Arbeit fehlt. — Beide Fälle zeigen wieder, daß es richtig ist, im Kriegsbeschädigtengewand auftretende Bettler überhaupt nicht zu unterstützen, sondern an das Ortsamt für Kriegsfürsorge zu verweisen.

Leipzig. Gegen die drei Studenten, die am 1. Mai die Entfernung der Reichsfahne vom Dach der Leipziger Universität verlangt hatten, war bekanntlich auf Anordnung des sächsischen Kultusministers ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Das Disziplinargericht hat gegen zwei der Studenten eine scharfe Rüge beschlossen, den dritten freigesprochen. Kultusminister Fleißner aber hat sich über das Urteil des Disziplinargerichts hinweggesetzt und die Entfernung der drei Studenten von der Universität angeordnet, sowie dem Rektor wegen seines Verhaltens scharfe Mißbilligung ausgesprochen.

Oschatz. Der Stadtrat hat beschlossen, die Schlachthofgebühren zu verdoppeln und vom Reichsfiskus für die Zwecke der Jugendpflege den früheren Unteroffiziers-Speiseraum der Friedrich-August-Kaserne gemietet.

Borna. Am Donnerstag früh waren, wie wir bereits mitteilen, dem Gutbesitzer Steinmeyer in Kleinbernsdorf bei Cera zwei Pferde und ein Dreschwagen im Werte von ungefähr 200 000 M. gestohlen worden. Erfolgreicherweise gelang es unserer städtischen Polizei mit Hilfe eines Herrn aus Altenburg, den Dieb mit den beiden gestohlenen Pferden und dem Wagen in Borna zu ergreifen und festzunehmen. Der Dieb legte bei seiner Vernehmung Ausweispapiere vor, bei deren polizeilicher Prüfung er sich in Widersprüche verwickelte. Es stellte sich schließlich heraus, daß der Täter ein 29 Jahre alter Handelsmann aus Berlin-Schöneberg ist, der im Juni d. J. aus dem Zuchthaus in Untermaßfeld entwichen war und deshalb steckbrieflich verfolgt wurde. Er wurde dem hiesigen Amtsgericht zugeführt.

Döbeln. In Döbeln hat kürzlich der zweite diesjährige Gemeindevertretertag stattgefunden. Dabei wurde insbesondere unter Hinweis auf einen Sonderfall den Gemeinden noch die Beteiligung an der beim Gemeindeversicherungsverbande zu Leipzig bestehenden Haftpflichtversicherung empfohlen, können weiter die Regelung der Entschädigung der Ortsfeuer-entnehmer angetragen, auf schärfere Überwachung der Verunreinigung der Wasserläufe hingewiesen und schließlich von den mit dem Finanzamt Döbeln getroffenen Vereinbarungen der möglichsten Einschränkung der derzeitigen starken Beanspruchung der Gemeindevorstände bei der Durchführung der Steuererhebung Kenntnis gegeben.

Burgstädt. Eine bedeutende Umänderung vollzieht sich von jetzt ab im Begräbniswesen unserer Kirchfahrt. Die vier Klassen, die es bisher gab, wurden nach schon seit vielen Jahren immer wieder aufgetretenen Anregungen von der Kirchengemeindevertretung in der letzten Sitzung einstimmig für abgeschafft erklärt und der Beschluß gefaßt, Erwachsene und Kinder von 6—14 Jahren nach einer einheitlichen Weise zu beerdigen.

Zwickau. Der Aktionsausschuß Zwickau gibt bekannt, daß die Arbeitersicherheitswehr in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung ihren Dienst eingestellt habe, nachdem wieder Ruhe und Sicherheit in unserer Stadt eingekehrt sei.

Zwickau. Der Rat hat beschlossen, im Hinblick auf die rasch vorwärts schreitende Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie die starke Belastung der besoldeten Ratsmitglieder mit Verwaltungsgeschäften das Dezernat eines Justizars der städtischen Verwaltung einzurichten und dem Justiziar für wichtige Rechtsangelegenheiten ein Kollegium aus juristisch vorgebildeten Bürgern (Juristenkollegium) beizugeben.

Gugau. Entgegen dem Wahlvorschlage der Lehrerschaft wählte der sozialistisch orientierte Schulausschuß an Stelle des langjährigen Schuldirektors Schultnecht den Lehrer Jortel aus Halsbach als Schulleiter.

Reichenbach. Eine Rathenaufstrafe hat nunmehr auch die Stadt Reichenbach und zwar in Person eines jüngst gefaßten Beschlusses beider städtischer Kollegien. Der Rat hat in Ausführung dieses Beschlusses folgende Straßennamen abgeändert: die Königstraße in Reichsstraße, den Königsplatz in Postplatz, die Friedrich-August-Straße in Moritz-Bischer-Straße, die Kronprinzenstraße in Rathenaufstraße, die Kaiserstraße in Museumstraße und die Weßlinstraße in Vater-Jahn-Straße.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 17. Juli.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Gesetzentwurf, der die Einführung von Notgeld jeder Art verbietet, und zwar muß die Einführung bis zum Ablauf von drei Monaten nach Verkündung dieses Gesetzes erfolgen.

Die Vorlage wird in allen drei Lesungen angenommen, nachdem Abg. Mumm (Dnt.) die sofortige Herausgabe von Notgeld gefordert hatte.

Die Notlage der Presse.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Abg. Dr. Herz (U. So.) berichtet über die Ausnahmeverhandlungen. Viele Abänderungswünsche mußten zurückgestellt werden, da der Entwurf unbedingt noch in dieser Session verabschiedet werden muß. Beim Artikel 1 wurde die Bildung der Zwangshandlate der Papierverleger und die Festsetzung der Höchstpreise nicht nur von der Zustimmung des Reichsrats, sondern auch des 5. Ausschusses des Reichstags abhängig gemacht. Die 1/2-pro-millige Ausfuhrabgabe soll allgemein erhoben werden, nicht nur, wie die Regierung vorgeschlagen hatte, von ausfuhrbewilligungspflichtigen Waren. Die Regierung erklärte sich bereit, die zahlreichen Anträge über die Verleitung der Rückvergütung bei den Ausfuhrbestimmungen zu berücksichtigen. Deshalb wurde auf die weitere Beratung dieser Anträge verzichtet, zumal bei den Ausführungsbestimmungen ein größeres Gremium zugezogen werden soll. Das Gesetz soll am 31. März 1924 außer Kraft treten.

Reichswirtschaftsminister Schmidt hält es für fraglich, ob der Entwurf die notwendige Hilfe bringen wird. Ich bin von dem finanziellen Ergebnis wenig erhaben. Die Notlage der Presse ist herborgerufen durch die Erigerung des Papierpreises und namentlich des Papierholzes. 1913 kostete der Raumeter 10 Mark, im Juli dieses Jahres 1250 Mark, teilweise sogar ist er auf 1800 Mark gestiegen. Der Papierpreis ist von 21 Mark auf 2000 Mark geklommen; die Weiterentwicklung ist noch nicht abzusehen. Diese Entwicklung hat uns mit großer Sorge erfüllt. Eine Reihe von Zeitungen ist bereits eingegangen. Wir haben ein großes Interesse an der Erhaltung der Presse, da sie nicht nur eine Notwendigkeit im demokratischen Staate ist, sondern auch ein Volksbildungsmittel darstellt. Es besteht die Gefahr, daß die Presse von Großkapitalisten angekauft und einseitig beeinflusst wird. Die bedrückte Lage der Presse drängt auch Anlaß zur Korruption geben, wie es zum Teil im Auslande der Fall ist. Der jetzt vorgesehenen Hilfsaktion stimmt die Regierung zu. Die Regierung wird von der Ermächtigung, Höchstpreise festzusetzen, nur Gebrauch machen, wenn andere Mittel versagen.

Abg. Hüflein (Komm.) beantragt, die Holzabgabe von 12 Prozent auf 7 1/2 Prozent und die Ausfuhrabgabe von 1/2 pro Mille auf 1/3 pro Mille herabzusetzen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt bittet, die Erhöhung der abgabefreien Fläche abzulehnen. Nach der letzten Statistik würden dadurch mindestens 25 Prozent der Gesamfläche freigegeben. Dann streichen Sie lieber das ganze Gesetz. Bei 10 Hektar Waldbesitz fallen schon 90 Prozent der Betriebe aus, bei 80 Hektar aber gar 98 Prozent, so daß überhaupt nur 2 Prozent der forstwirtschaftlichen Betriebe für die Abgabe herangezogen werden würden. Ich verstehe nicht, daß irgend welche Interessengruppen sich dagegen

neuen können, bei einem Preis von 1800 Mark ganze 9 Mark Abgabe zu zahlen. (Zur wahr! Luft.)

Abg. Herold (Dnt.): Wir müssen doch auch berücksichtigen, daß die Erhebungskosten ganz wesentlich ermäßigt werden, wenn die kleinen Betriebe frei gelassen werden.

Abg. Eydow (Zug.) bittet, den Antrag abzulehnen. Damit schließt die Aussprache. Die kommunisierenden Anträge werden gegen die Antragsteller abgelehnt. Der Antrag Herold, im Artikel 2 die abgabefreie Fläche von 10 auf 80 Hektar zu erhöhen, wird gleichfalls abgelehnt. Angenommen wird dagegen folgender Zusatz der bürgerlichen Parteien zum Artikel 4:

Der Rückvergütungsberechnung ist eine Staffelung zu Grunde zu legen, nach der für Leistungen mit geringem Papierverbrauch für das Kilogramm des Verbrauchs eine höhere Vergütung gezahlt wird als für Leistungen mit größerem Verbrauch. In den Ausführungsbestimmungen wird das Nähere festgelegt.

Die Vorlage wird darauf in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung findet am Dienstag statt.

Die Erbschaftsteuer.

Die zweite Lesung der Vorlage zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes, die am Sonnabend wegen der Beschäftigung des Hauses abgelehnt werden mußte, wird darauf fortgesetzt.

Abg. Mumm (Dnt.) fordert eine Erhöhung der abgabefreien Beträge für kirchliche Erentungen.

Der Antrag Mumm wird abgelehnt, dagegen ein Kompromißantrag angenommen, nach welchem Anwendungen an inländischen Kirchen und andere Anstalten, die ausschließlich kirchliche Zwecke verfolgen, und Anwendungen zu kirchlichen Zwecken steuerfrei sein sollen.

Damit schließt die zweite Lesung, die dritte wird vorläufig zurückgestellt.

Die Zwangsankleihe.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Zwangsankleihe.

Abg. Dr. Helfferich (Dnt.): Wir beantragen, daß statt des Tarifes als Rechenungsgrundlage der zehnfache Betrag der Vermögenspflicht festgesetzt wird, und daß die Rechenungsgrundlage erst dann eintritt, wenn bis zum 1. Dezember die Reparationspflichten auf ein vernünftiges Maß zurückgekommen sind. Wir stimmen für jede Verbesserung, aber wir werden in der Schlussabstimmung gegen die Zwangsankleihe stimmen. Die Novelle zum Erbschafts- und Einkommensteuergesetz nehmen wir an.

Das Valutaelen.

Das Vertrauen des Auslandes auf unsere Kreditwürdigkeit ist erschüttert. Man vermag sich nur, 1 Dollar kostete am 10. Juli 530 Mark, das heißt, die Wertung der Papiermark beträgt etwa 0,7 Prozent der Friedenswährung, also etwa den 130. Teil der Goldmark. Inzwischen hat sich die Reichsmark je wieder ein bißchen erholt. Doch deutet alles darauf hin, daß sie ihren tiefsten Stand immer noch nicht erreicht hat. Wo aber wird diese Abwärtsbewegung haltmachen? Eine bange Frage.

Schon zeigen sich schreckhaft die Gespenster einer neuen Feuerungswelle. Der Weltmarktpreis ist wieder kilometerweit vorangeert. Der Inlandspreis wird folgen. Der Binnenwert der Mark wird dem Außenwert nachhellen. Die Folgen davon sind erbitterte Lohnkämpfe, Tarifumwälzungen, Zerrüttung der öffentlichen Finanzen, neue Preisrevolutionen, wachsende Verelendung der wirtschaftlich Schwachen.

Man sucht nach dem Schuldigen, der das Barometer des Volkswohlfandes, die Valuta, so tief zum Sinken brachte. Man spricht von dämonischen Mächten, von Spekulation im In- und Ausland, von Devisenhandelt im Inland, die im Verein mit dem für die Zulieferungszahlung Devisen kaufenden Reich die Flucht vor der Mark und damit die Jagd nach fremden Wäluen vergrößern. Sind das aber wirklich die Hauptschuldigen der Valutakatastrophe?

Abgesehen davon, daß der Mord an Rathenau unsere Kreditwürdigkeit in den Augen der Weltfinanz erheblich vermindert hat, trifft die größte Schuld an unserem Valutastiefstand das Ausland, in erster Linie Frankreich, welches die Pariser Anleiheverhandlungen durch sein hartnäckiges Verharren auf die Unantastbarkeit des Londoner Zahlungsplanes mit seinen unrealisierbaren Goldmillardenforderungen wenigstens zur Ergebnislosigkeit verurteilte.

Der Mangel an Einigkeit hatte wieder einmal — wie oft schon in den letzten drei Jahren — über die Politik der wirtschaftlichen Vernunft gesiegt. Der zur Regelung einer internationalen Anleihe von den in Paris verammelten Bankiers bezeichnete günstige Augenblick ward verfaßt.

Die Valuta hat sich inzwischen gerächt. Sie gibt den Katastrophopolitikern nochmals ein schrilles Warnungssignal. Sie ruft ihnen zu: Seht eure Entschuldigungsverordnungen auf ein für Deutschland erschütterliches Maß herab! Dann kommt die internationale Anleihe für Deutschland, und damit bekommt ihr Gläubiger Deutschlands Geld in die Hände, und Deutschland selbst ist eine Atempause gewährt. Seine Schuldverpflichtungen sind seiner Produktionskraft angepaßt. Damit hat auch der fremde Geldgeber Vertrauen auf die Sicherheit seines dem Schuldner Deutschland geliehenen Kapitals, desgleichen auf die Zahlung der Zinsen und Tilgungsquoten. Von diesem Vertrauen hängt der Anleihekredit ab. Das ist die erste unerlässliche Voraussetzung seiner Gewährung.

Poincaré hält nach seinen Erklärungen der letzten Tage eine andere Voraussetzung für die wichtigste. Deutschland müsse zuerst seine Finanzen ordnen, zwischen Einnahmen und Ausgaben ein Gleichgewicht herstellen. Ist das aber möglich, solange der unsichere Kontostill Geldentwertung jeden noch so fein aufgestellten Haushaltsplan des Reiches über den Haufen wirft, wie der Windstoß ein Kartenhaus?

Da schnellen über Nacht die Ausgaben, besonders die des Goldhaushalters der Kriegsschuldigungen, zu phantastischen Milliardenziffern an. Die Aussichten einer Gleichgewichtsbildung zwischen Einnahmen und Ausgaben werden geringer. Mit neuen Steuern kann man allein nicht helfen. Im übrigen sind die Einnahmequellen erschöpft, die Höchstgrenze der Belastung ist erreicht, sicherlich, wenn die Zwangsankleihe verabschiedet ist.

Daraus ergibt sich folgendes: Unsere Veruche, die Reichsfinanzen zu ordnen, haben nur dann Erfolg, wenn wir mit einem einigermaßen feststehenden Geldwert rechnen können. Diese Markfestigung hat

aber nur Aussicht auf Verwirklichung, wenn die äußere Anleihe gewährt wird und damit zugleich die der Markkurs drückenden Devisenzahlungen eine Zeitlang aufhören. Das hat zur Folge, daß die Ausgabenposten im Reichshaushalt sich um einen Teil der Kriegsschuldigungen mindern. Während der Atempause könnte ein Sanierungsversuch der Reichsfinanzen erfolgreich sein.

Wir sehen also, daß die Anleihe das erste und wichtigste ist, und die damit verbundene neue Regelung der Kriegsschuldigung.

Die Einkommensteuer.

Erleichterungen für die Einkommen bis 100 000 Mark.

Infolge der andauernden Geldentwertung haben Regierung und Reichstag zu einer Änderung des Reichseinkommensteuergesetzes schreiten müssen. Bisher waren bis 50 000 Mark Einkommen 10 Prozent zu bezahlen, in Zukunft gelten diese 10 Prozent für steuerbare Einkommen bis zu 100 000 Mark. Auch sonst sind infolge Erhöhung der auf Erwerbseinkommen und Werbungskosten entfallenden Abzüge Erleichterungen beschlossen worden, die für Einkommen bis 100 000 Mark sich ganz besonders fühlbar machen werden.

Die Einkommensteuer beträgt für die ersten 100 000 Mark 10 v. H., für die weiteren 50 000 15 v. H. und steigt immer um 5 v. H. weiter bis auf 60 v. H. Was die Abzüge anbetrifft, so ist für Mann und Frau der jährliche Abzug von je 240 Mark auf je 480 Mark verdoppelt worden, für jedes minderjährige Kind von bisher 480 Mark auf 960 Mark. Der erste Abzug gilt aber nur für Einkommen bis 100 000 Mark, der Abzug für jedes Kind für Einkommen bis 200 000 Mark. Der für Werbungskosten anzusetzende Betrag soll von 540 auf 810 Mark erhöht werden. Der Abzug beträgt 2000 Mark für Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind und nicht über 50 000 Mark Einkommen haben.

Auf Grund dieser Beschlüsse des Steuerausschusses des Reichstages stellt sich die Steuer für eine Familie mit zwei Kindern wie folgt: Einkommen 100 000 Mark, also 10 Prozent Steuer gleich 10 000 Mark. Davon gehen ab zweimal 480 Mark für Mann und Frau und zweimal 960 Mark für jedes Kind gleich 1920 Mark und einmal Werbungskosten 810 Mark, insgesamt 3690 Mark Abzüge von 10 000 Mark, so daß als endgültige Steuer 6310 Mark zu bezahlen sind. Diese erhöhten Abzüge bedeuten eine wesentliche Erleichterung gerade für die unteren Einkommen.

Diese Änderungen wurden im Reichstag in zweiter Lesung angenommen. Ein kommunistischer Antrag auf Steuerfreiheit bis zu 100 000 Mark Jahres-einkommen wurde abgelehnt und die oben mitgeteilten Sätze angenommen. In der Annahme der Vorlage in dritter Lesung ist nicht zu zweifeln.

Die Reparationsverhandlungen.

Das Garantiekomitee noch in Berlin.

Die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee sind entgegen anderslautenden Meldungen noch nicht abgeschlossen. Das Garantiekomitee ist noch nicht nach Paris abgereist. Bevor es zu einem Abschluß der Verhandlungen kommt, wird sich das Reichskabinett, in dem am Sonntag der Reichsfinanzminister Dr. Hertel und der aus Paris zurückgekehrte Staatssekretär Schröder berieten, noch eingehend mit diesen Verhandlungen beschäftigen. Alsdann wird sich das Garantiekomitee nach Paris begeben, um der Reparationskommission Bericht zu erstatten.

Aller Voraussicht nach wird die bevorstehende Auseinandersetzung über den Bericht zu einem erbitterten Ringen zwischen französischen und englischen Anschauungen führen. Offenbar sind die Meinungen innerhalb des Garantiekomitees selbst schon geteilt. Nur so ist es zu erklären, daß ein Teil der Berliner Presse von einem befriedigenden Verlauf der Berliner Verhandlungen spricht, während die rechtsstehende Pariser Presse vor schweren Verfehlungen Deutschlands zu berichten weiß und alle Moratoriumspläne von vornherein ablehnt.

Nach einer Darstellung von deutscher Seite sind die Vorwürfe der Pariser Presse ganz unbedeutend. Das Garantiekomitee hat sich in seinen Verhandlungen hier vor allem mit der Frage befaßt, welche Bürgschaften dafür geschaffen werden können, daß Deutschland seinen künftigen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Forderung, Maßnahmen gegen die Kapitalflucht ins Ausland zu schaffen. Man sieht sich in dieser Hinsicht über die Grundlagen solcher Maßnahmen einigen, die auf dem Wege von Verordnungen und auf gesetzgeberischem Wege zu treffen sind.

Politische Rundschau.

— Berlin, 18. Juli 1923.

— An Stelle des 11. August, des Tages der Annahme der Weimarer Verfassung, will die Deutsche Volkspartei den 18. Januar, den Tag der Reichsgründung, zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes machen.

— Der Reichsverband der deutschen Polizeibeamten hat sich auf seiner Stuttgarter Tagung für das Gesetz zum Schutze der Republik ausgesprochen.

— Der sozialdemokratische Parteivorstand beruft den nächsten Parteitag auf Sonntag, den 17. September, und folgende Tage nach Augsburg ein.

— Der Führer der kommunistischen Fraktion im thüringischen Landtag, der 37 Jahre alte Volksschullehrer Tenner in Eubandhausen bei Gotha, ist zum kommissarischen Kreisshutrat (1) des Schulamtsbezirks Weimar II ernannt worden.

— Der Bankbeamte Karl Emonts, einer der Führer der radikalen Bankbeamtenbewegung, ist durch Entscheidung

eines Schiedsgerichts wegen parteiischblühenden Verhaltens aus der Kommanzialen Partei ausgeschlossen worden.

Der Oberpräsident der Provinz Schlesien hat die Wochenchrift „Radewitz“, Herausgeber Deutschnationaler Volkspartei, Landesverband Schlesien-Bohmen, auf die Dauer von sechs Monaten verboten.

Die Vertagung der Regierungsumbildung bis zum Herbst. Die innerpolitische Lage wird gegenwärtig bedeutend ruhiger beurteilt als Ende vergangener Woche, wo sich die Situation bereits so verschärft hatte, daß man nahezu unmittelbar vor einer Reichstagsauflösung stand. Die Führer des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei sehen die Verhandlungen über den Abschluß einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft fort, doch ist hierbei im Gegensatz zu den sozialistischen Einigungs-Bestrebungen an keinerlei Verschmelzung der Parteien gedacht. Es handelt sich hier lediglich um eine Arbeitsgemeinschaft rein parlamentarischer Art. Praktisch würde es sich also um zwei Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Regierungsparteien handeln, um die sozialistische Arbeitsgemeinschaft und um die Arbeitsgemeinschaft der Mittelparteien. Eine endgültige Entscheidung in dieser Frage soll aber in den wenigen Tagen, die dem Reichstag vor den Ferien noch zur Verfügung stehen, nicht gefällt werden. Es besteht allgemein der Wunsch, die endgültige Regelung dieser Frage bis zum Herbst zu vertagen, da die dabei beteiligten Parteien erst ihre Parteinstanzen hören müssen. Es wird also zurzeit bezüglich der politischen Konstellation anscheinend alles beim alten bleiben.

Deutschland soll in den Völkerbund. Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, hat die englische Regierung durch den englischen Botschafter in Berlin Lord Aberdeen zu verstehen gegeben, Kanzler Borchers solle sofort um Aufnahme in den Völkerbund eifuchen, und man habe ihm auch die englische Unterstützung versprochen, durch die die Aufnahme garantiert werde. Die Londoner Presse berichtet dazu, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund werde gelegentlich der nächsten Septembertagung in Genf beraten werden. Deutschland müsse, falls es seine Zulassung zum Völkerbund wünsche, diese jetzt bereits beantragen. Aber bis jetzt sei noch kein derartiger Schritt von Seiten Deutschlands erfolgt, und die deutsche Botschaft in London verweigere, sie habe von Berlin noch keine dahingehenden Instruktionen erhalten.

Die deutsch-polnische Verhandlungen. Am 15. Juli fand in Warschau die erste Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz statt. Der Bevollmächtigte der polnischen Regierung, Minister Dłuski, der ebenfalls auch an den Genfer Verhandlungen über Oberschlesien teilgenommen hat, eröffnete die Sitzung und begrüßte die deutsche Delegation namens seiner Regierung. Aufgabe der Verhandlungen, so führte der Redner aus, sei die Durchführung der zwischen beiden Teilen bereits abgeschlossenen Verträge und Nebenabkommen sowie die Lösung einer ganzen Reihe von Fragen, von denen das Zusammenleben beider Nationen abhängt, sowie das Zusammenwirken Polens und Deutschlands unter der Parole des wirtschaftlichen Aufbaues Europas. In seiner Antwort betonte der Führer der deutschen Delegation, Ministerialdirektor von Stockhammer, daß die deutsche Regierung von demselben Wunsche nach Verständigung getragen werde wie die polnische Regierung. Hierauf entspann sich eine allgemeine Erörterung über die Fragen, die Gegenstand der Verhandlungen sein sollen.

Reichsmündigkeit in Bayern. Bei der Beratung des Reichskriminalpolizeigesetzes im Rechtsausschuß des Reichstages machte der bayerische Gesandte v. Preger noch einmal mit besonderer Schärfe die Gründe geltend, die die bayerische Regierung zur Ablehnung des Gesetzes veranlassen. Er wies einleitend auf das besonders stark ausgeprägte Stammes- und Staatsbewußtsein des Bayernvolkes hin, das sich in das Gefüge des Deutschen Reiches zuerst nur schwer habe einordnen wollen, dann sich aber im Reichsverbande durchaus wohl gefühlt habe. Heute müsse aber eine weitgehende Reichsmündigkeit in Bayern konstatiert werden. Diese gehe einmal auf die Kriegs- und Wirtschaftsverhältnisse zurück, sodann auf die seit der Rationalisierungsaktion immer stärker in die Erscheinung tretende Tendenz zur unitarischen Reichsorganisation. Wenn auch der Einheitsstaat heute noch nicht in allen Teilen verwirklicht sei, so seien doch den Ländern die meisten wesentlichen Rechte ihrer Staatshoheit heute entzogen. Das Reichskriminalpolizeigesetz bedeute die schwerste Antastung der Souveränität der Länder. Ein Staat ohne Autonomie und Polizeihochheit verdiene den Namen eines Staates nicht mehr. Dem bayerischen Gesandten entgegenetzte Minister Dr. Köster, daß mit Ausnahme der bayerischen Regierung sämtliche Landesregierungen im Reichsrat dem Entwurf ihre Zustimmung erteilt hätten. Am Sonntag nahm dann der Rechtsausschuß das Gesetz gegen Rechte und Bayerische Volkspartei an.

Der rheinische Provinziallandtag fordert Aufhebung der „Sanktionen“. Die Tagung des rheinischen Provinziallandtages in Düsseldorf wurde vom Vorsitzenden mit einer Ansprache geschlossen, in der er die einmütige Auffassung aller Parteien des Hauses betonte, daß die Rheinlande von der wachsenden Einsicht der Völker eine baldige Aenderung des Versailler Vertrages erwarten und insbesondere zuversichtlich hoffen, daß das Unrecht der „Sanktionen“, das entgegen dem Friedensvertrag in der weiteren Befestigung der rheinischen Städte Düsseldorf und Duisburg bestehe, baldigst aufgehoben werde. Ferner hofften die Rheinlande, daß es der Reichs- und der Staatsregierung gelingen werde, die Forderung des Wotshafterrates nicht zur Ausführung kommen zu lassen, wonach bestehende Bahnanlagen zerstört und Baupläne unterdrückt werden sollen, die für das rheinische Wirtschaftslieben notwendig seien.

Die bayerischen Landwirte gegen die Getreidemenge. Der bayerische Christliche Bauernverein, der unter Leitung Dr. Heims steht, hat in einer Entschiedenheit ausgesprochen, daß er das Gesetz über die Getreidemenge als ein Unrecht betrachte. Als christlicher Bauernverein stehe er auf gesetzlichem Boden und könne nicht mit Gewaltmitteln gegen das Gesetz ankämpfen. Er protestiere aber dagegen, lehne die Verantwortung ab und erkläre, nicht in der Lage zu sein, an der Durchführung eines Unrechtes mitzuwirken.

Unterirdische Verurteilungen — kostspieliger Luxus! Die Reichsregierung beabsichtigt, große Teile des oberirdischen Telefonnetzes durch unterirdische Leitungen zu ersetzen, um den Telefonverkehr von den Witterungseinflüssen unabhängig zu machen. Wegen dieses Planes hat die Entente neuerdings bei der Reichsregierung energische Vorstellungen erhoben. Der Hinweis der Reichsregierung darauf, daß eine solche technische Umgestaltung des Leitungsnetzes den Telefonverkehr wesentlich verbessern werde, wurde von den Alliierten mit dem Bedenken zurückgewiesen, daß weder Frankreich noch England sich einen solchen kostspieligen Luxus hätten gestatten können und daß die Ausgaben hierfür von deutscher Seite völlig unberechtigt wären, so lange Deutschland seine Schulden nicht bezahlt habe.

Der Evangelische Kirchenbund gegen den politischen Nord. In der Nordat an Rathenau erklärt der Deutsche Evangelische Kirchenbund, die Vertretung der im Kirchenbund zusammengeschlossenen deutschen Landeskirchen, soeben eine Kundgebung, in der er die Bluttat tief beklagt und verurteilt. Er klagt die Feinde an, daß ihre Verblendung das deutsche Volk in eine Not und Schmach stieß, aus der alle Weisheit des Abgrundes aufsteigend und nur zur Selbsterlösung und Selbstbehaltung aller evangelischen Glaubensgenossen auf. Der Weg zum Wiederaufbau gehe durch Pflichttreue und Arbeit, durch Ordnung und Just, nimmermehr aber durch Haß und Mord.

In Eisenstadt im Burgenlande fand die feierliche Eröffnung des ersten burgenländischen Landtages in Gegenwart des österreichischen Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers statt.

Die belgische Regierung hat nunmehr Befugnis erteilt, das beschlagnahmte deutsche Eigentum zu verkaufen. Es handelt sich angeblich um einen Betrag von 800 Millionen Franken.

Der bekannte französische Minister Louis Barthou ist in den Senat gewählt worden.

Nach französischen Meldungen wird der Papst demnächst einen Ausflug an die ganze christliche Welt zugunsten der hungernden Russen richten.

Frankreich: Poincaré auf der Geheise. Ministerpräsident Poincaré hat am Sonntag in Nonchery bei Belfort der Einweihung eines Denkmals für das erste französische Kriegssopfer beigewohnt und bei dieser Gelegenheit eine seiner üblichen Reden gegen Deutschland gehalten. In der er den absoluten Kriegswillen Deutschlands zu beweisen versuchte. Von Nonchery aus begab er sich nach Besancon und Montbéliard, wo er ähnliche „Sonntagsreden“ hielt.

Irland: Zusammenbruch des Aufstandes. Die wochenlangen Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den Anhängern De Valeras, deren Mittelpunkt Dublin bildete, nähern sich ihrem Ende. Die Aufständischen, die sich die Errichtung einer selbständigen Republik Irlands ohne jede Abhängigkeit von England zum Ziel gesetzt haben, müssen trotz zähen Widerstandes ihre Stellungen räumen und den Freischützern überlassen. In einem letzten schweren Kampf kam es in der Stadt Dúnalk, die von den Aufständischen besetzt worden war. Etwas 300 Mann sowie große Mengen Waffen und Munition wurden von den Regierungstruppen erbeutet. Auch das letzte republikanische Volkswerk auf der Insel nach im Ewiltlye, einer früheren britischen Marinestation, hat sich den Truppen ergeben müssen.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft. — Berlin, 17. Juli. Die Verhandlungen der drei Mittelparteien über den Abschluß einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft werden fortgesetzt. Die Deutsche Volkspartei hat sich auf die Anfrage des Zentrums grundsätzlich bereit erklärt, in eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien der Mitte einzutreten. Die demokratische Fraktion kam zu dem Ergebnis, die Frage einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft den Parteivorständen zur weiteren Entscheidung zu überlassen. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen tagten getrennt. Die Fraktion der Arbeitssozialisten brach ihre Besprechungen gegen Mittag ab, um zunächst abzuwarten, wie sich die Unabhängigen zu dem Gedanken stellen, anstelle der Arbeitsgemeinschaft eine Fraktionsgemeinschaft, eine Verschmelzung der beiden Fraktionen, herzustellen.

Die Feuerungsverhandlungen mit den Beamten noch in dieser Woche.

— Berlin, 17. Juli. Im Beamtenausschuß des Reichstages gab ein Vertreter des Reichsfinanzministers zu der Frage der Feuerungsverhandlungen die Erklärung ab, daß der Reichsfinanzminister sich nicht der Notwendigkeit verschließe, in eine erneute Feuerungsverhandlung einzutreten, und daß der Reichsfinanzminister noch in dieser Woche in Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen eintreten werde. Mitglieder des Ausschusses sollen in der gleichen Weise wie bisher an diesen Verhandlungen teilnehmen.

Die Polizeibeamten für Demokratisierung der Verwaltung.

— Stuttgart, 17. Juli. Auf der Tagung des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands wurde eine Entschliebung angenommen, die die sofortige gründliche Demokratisierung der Verwaltung, insbesondere bei allen Zentral- und nachgeordneten Dienststellen der Polizei, verlangt. In erster Linie gehebe dazu die Entzerrung aller republikanisch nicht zuverlässigen Beamten.

Calonder in Berlin.

— Berlin, 17. Juli. Am Dienstag treffen die Mitglieder der gemischten Kommission für Oberschlesien mit dem Präsidenten Calonder an der Spitze in Berlin ein, um sich der Reichsregierung vorzu-

stellen. Zu Ehren der Kommission wird nach einem Empfang beim Reichskanzler ein Frühstück bei dem Reichspräsidenten stattfinden. Für Dienstag Abend hat der Reichskanzler die Mitglieder der Kommission sowie eine Anzahl führender politischer Persönlichkeiten zu einem Essen in der Reichskanzlei eingeladen.

Das Verbot der „Magdeburger Zeitung“ aufgehoben.

— Magdeburg, 17. Juli. Wie die preussische Regierung mitteilt, ist das vierzehntägige Erscheinungsverbot der „Magdeburger Zeitung“ durch den Oberpräsidenten Hörsing aufgehoben.

Faschistenmorden und Regierungsreise in Italien.

— Rom, 17. Juli. In der Kammer kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Sozialisten. Während der Staatsdebatte ließ aus Cremona die Meldung ein, daß das Haus des sozialistischen Abgeordneten Miglioli von Faschisten in Brand gesteckt worden sei. Die Sozialisten verlangten die Unterbrechung der Beratung des Etats; dem widersetzte sich der Ministerpräsident Facta, doch unterstützten die Demokraten das Verlangen der Sozialisten, und es wurde ein entsprechender Antrag angenommen. Die politische Lage wird infolgedessen als sehr ernst beurteilt. Am Dienstag soll über das Schicksal der Regierung entschieden werden.

Englische Demonstrationen gegen den Krieg.

— London, 17. Juli. In über 80 Städten Großbritanniens wurden gegen Ende des Monats aus Anlaß des Jahrestages des Kriegsausbruchs Demonstrationen gegen den Krieg veranstaltet. In London wurden am 29. Juli große Kundgebungen stattfinden.

Scherz und Ernst.

Rheinlanddank. Da die durch die Befestigung im Rheinland verursachten furchtbaren Schäden durch die Reichshilfe allein kaum gedeckt werden können, so haben die führenden deutschen Wohlfahrtsvereine sich mit den rheinischen und saarländischen Verbänden zusammengesetzt und zum Zwecke einer Sammlung für rheinische und saarländische Heimat- und Wohlfahrtspflege den „Rheinlanddank“ begründet. Es ist die selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen, nach seinem Vermögen beizusteuern für diese wirklich vaterländische Sache. Rheinland und Saargebiet dürfen nicht nur hohle Phrasen über das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl vernehmen; sie müssen Taten sehen.

Föhlischer Unfall bei einem französischen Automobilen. Gegen Schluß des Rennens des Automobilschlubs von Frankreich, das bei Sträßburg ausgetragen wurde, und in dem Razzaro auf Fiat den großen Preis gewann, ereignete sich ein schweres Unglück. Der von dem Bruder des Siegers gesteuerte Wagen, der sonst Dritter geworden wäre, überschlug sich. Der Führer Razzaro blieb mit mehreren Knochenbrüchen bewußtlos liegen und mußte ins Sträßburger Krankenhaus gebracht werden. Sein Begleiter wurde auf der Stelle getötet.

Volkswirtschaft.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches. Die in der Zeit vom 1. bis 10. Juli auf 295 Milliarden Mark. Zur Beschaffung von ausländischen Zahlungsmitteln für die Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles sind in der gleichen Zeit 798 Milliarden Mark aufgewendet worden.

Günstiger Stand der Ankerlaken. Nach den letzten Berichten war das Wetter der letzten Woche für die Weiterentwicklung der Rüben sehr günstig. Der Rübenstand ist jetzt größtenteils derartig, daß voraussichtlich auf einen mittleren bis guten Ertrag gehofft werden kann.

Aus dem Preisbericht des Deutschen Landwirtschafters über die vergangene Woche geht wieder einmal deutlich hervor, wie genau die Produktionspreise dem Kurs der Fremden Devisen, insbesondere des Dollars und des Goldens, folgen. Zu Anfang der Woche erreichte die fremden Zahlungsmittel den bisher höchsten Stand, um dann bedeutend nachzulassen. So setzte sich auch zunächst die Steigerung des Weizenpreises in scharfem Tempo fort. Die Mähdern hohen Preise, zogen sich aber bald wieder zurück, als der Dollar wieder zurückging und dadurch auch mehr Weizenangebot aus dem Lande herauskam. Beim Roggen ging die Steigerung ebenfalls weiter. Die zweite Hälfte der Berichtswochen brachte dann einen umso stärkeren Abschwung. Für Gerste war in großen Mengen der Preisniedrigkeit, indessen hielt sich der anfangsliche weiche Ausblick in engeren Grenzen als bei jenem. Weizen lag der Dayer. Die Ankerlakenforderungen liegen zwar nicht unerheblich niedriger als das Angebot auf Abladung war keineswegs groß. In Paris war in den letzten Tagen neues Geschäft mit dem Ankerlande verhältnismäßig still.

Berlin, 17. Juli. (W. r. l.) Ausgehend von dem neuerlichen Anziehen der ausländischen Zahlungsmittel (Dollar von 438 auf 454) setzte eine neue Kräftigung des Preisstandes ein. Von dieser zogen insbesondere ausländische Renten. Auf den übrigen Märkten wickelte sich das Geschäft zwar in etwas lebhafterer, aber doch verhältnismäßig ruhiger Form ab.

Der Stand der Mark. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	17. 7.	15. 7.	1914
100 holländische Gulden	17503	17128	167,— M.
100 belgische Franken	3550	3435	80,— „
100 dänische Kronen	9677	9468	112,— „
100 schwedische Kronen	11690	11395	112,— „
100 italienische Lire	2062	1992	80,— „
1 englischer Pfund	2009	1955	20,— „
1 Dollar	453	438	4,20 „
100 französische Franken	—	3640	80,— „
100 schweizerische Franken	—	8424	80,— „
100 tschechische Kronen	1006	996	— „

Cherkafel für den 18. Juli.

1374 † Der Dichter Franc. Petrarca in Arqua (* 1304).
— 1811 † Der Schriftsteller B. Thackeray in Rastatt (* 1813).
— 1864 † Die Dichterin Ricarda Huch in Braunschweig.
— 1876 † Der Dichter und Sprachforscher Karl Simrock in Bonn (* 1802).
— 1884 † Der Geologe Ferdinand v. Hochstetter in Oberdöbling bei Wien (* 1829).
— 1918 † Julius der Kaiserin Elisabeth von Österreich und Bayern.

Letzte Nachrichten

Die Rathenau-Wänder ermittelt, begangen Selbstmord.

Sulza, 18. Juli. Gestern abend wurden durch Kriminalkommando auf der Burg Saaleck die beiden Teilnehmer an dem Selbstmord auf Rathenau ermittelt. Als die Polizei zur Festnahme schreiten wollte, schühten sie auf den Burgturm, wo sie sich erschossen.

Even Hedin gegen die Rheinlandpolitik der Entente. Die D. A. Z. veröffentlicht ein an den Rheinlanddank gerichtetes Schreiben des berühmten schwedischen Asienforschers Even Hedin, in dem sich dieser über die Lage des besetzten deutschen Westens u. a. folgendermaßen äußert:

Ich möchte hoch und durchdringend über das Unrecht schreiben, welches gegen das Rheinland verübt wird. Diese wahrhaftige, selbstverständliche Politik, ein Land, ein Volk mit Gewalt zu zerrütten, ist gänzlich freilich, solange die Uebermacht so groß ist. Aber für wachst Haß und Gedeißt Raube für die Zukunft. Jedes Unrecht, das gegen ein Volk begangen wird, fällt früher oder später auf den übermächtigen Sieger zurück. Solange das Rheinland und andere Teile des deutschen Reiches in dieser Weise zerrütet werden, kann Deutschland nicht genesen. Einigkeit, Zusammenhalten in Deutschland ist die Hauptsache. Solange die Parteikämpfe toben, hat Deutschland keine Zukunft.

Neue Notizen.

Paris, 17. Juli. Der deutsche Botschafter hat der französischen Regierung eine deutsche Note überreicht, in der die Berliner Regierung mitteilt, daß sie sich gezwungen sieht, die Reparationszahlungen für die Privatgüter, die während des Krieges beschlagnahmt waren und auf Grund des Versailler Vertrages zurückzugeben sind, einzustellen. Die französische Regierung hat eine Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der sie verlangt, daß die Wiesbadener Abkommen ab 20. Juli in Kraft treten.

Neue Beweise französischer Kultur.

Die Doppelkaserne sind von den französischen Truppen in einem Zustande wilder Unordnung zurückgelassen worden, u. a. wurden Türen eingeschlagen, Schemel zertrümmert, Decken demoliert, Tische umgestürzt, Matrasen und Betten aufgeschnitten, ganz schauerhaft sehen die Küchen aus, Schmutz strahlt an allen Ecken. Das Offizierskafino und der dazu gehörige Garten bieten ähnlichen Bilder der Verwüstung.

Vom goldenen Handwerk.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich die aus den Mittel- und höheren Schulen Abgehenden allen möglichen Berufen zuwenden. In ganz verschwindend seltenen Fällen wählen sie das Handwerk. Mit Vorliebe treten sie in kaufmännische Geschäfte, wo ihre Tätigkeit von Anfang an bezahlt zu werden pflegt. Aber wieviel bringen es überhaupt später dazu, sich wirklich "Kaufmann" nennen zu können, d. h. Waren einzukaufen oder in eigenen Läden wieder zu verkaufen? Ein eigenes Geschäft zu gründen, gelingt nur wenigen, denn dazu gehört bei dem erdrückenden Wettbewerb der Warenhändler neben Kapital viel Geschick. Die meisten bleiben zeitweiligen Handlungsgehilfen, deren Lage ohnedies durch die billigeren weiblichen Arbeitskräfte verschlechtert wird. Die Staffelung der Tarife hilft mit dazu, daß der ältere Handlungsgehilfe am wenigsten begehrt ist. In älteren Jahren findet er schwer eine neue Stellung und so mancher muß sich dann mühsam durchschlagen.

Wenn trotz der verlockenden Aussicht auf Selbständigkeit so verschwindend wenige mit besserer Schulbildung ausgerüstete junge Leute ein Handwerk ergreifen, so kann, wie Th. Vönnel in dem "Handwerksmeister" anführt, der Grund dieser Abneigung nicht auf wirtschaftlichem Gebiete liegen; er ist vielmehr in verkehrter sozialer Anschauung zu suchen, die sogar in Arbeiterkreisen herrscht und in der Jetztzeit besonders unverständlich ist.

Die übergroße Menge derer, welche nicht nachdenkt, hält den Beruf des Handwerkers nicht für "standesgemäß", betrachtet den Handwerksmeister als dem Kaufmann und dem Beamten gesellschaftlich nicht ebenbürtig. Dieses sonderbare Vorurteil würde bald aufhören, wenn endlich junge Leute mit besserer Schulbildung, vornehmlich Begabung vorausgesetzt, sich entschließen würden, ein Handwerk zu erlernen, und das Publikum es dann mit Meistern zu tun bekäme, die gute Bildung und Umgangsformen haben.

Wir leben in einem Zeitalter der Technik, in dem das Wissen ohne zu können" nicht mehr so hoch geschätzt wird wie früher. Diesem Zuge der Zeit sollten diejenigen Eltern folgen, die in besserer Absicht, oft aber auch nur aus Eitelkeit, ihre Söhne auf die höhere Schule schicken, wo die Jungen leicht in eine von ihnen von Haus aus fremde Gedankenwelt und Anschauung geraten und der Neigung zu einem ihnen viel näherliegenden Beruf entfremdet werden. Selbst viele Handwerksmeister begeben diesen Mißgriff und entziehen dadurch dem Handwerk manche wertvolle Kraft. Da nun dieses Strebertum besteht, muß mit ihm gerechnet werden. Machte man sich doch einmal klar, daß der aus Tertia abgegangene Schüler oder ein solcher, der das Einjährigzeugnis erworben hat, noch lange nicht zu schade ist, um bei einem tüchtigen Meister ein Handwerk zu erlernen. Seine Schulbildung wird ihm dann bei dem ihm auf der Fachschule erteilten theoretischen und kaufmännischen Unterricht nur förderlich sein.

So mancher Kommerzienrat hat seine Laufbahn am Schraubstock oder an der Hobelbank begonnen. Einer unserer besten Maler, Anton v. Werner, hat als Baumeister auf dem Gerüst angefangen, und haben wir nicht genug berühmte Männer zu verzeichnen, die aus unserem edlen Handwerksstande hervorgegangen sind und noch viel mehr solche, die es in ihm zu etwas gebracht haben?

Dem Handwerksstande würde durch junge Leute mit guter Schulbildung neues Blut zufließen, und dies würde zur Hebung des ganzen Berufsstandes wesentlich beitragen. Ausübung körperlicher und geistiger Arbeit gewährt den höchsten Lebensgenuss, und Handwerker mit guter Schulbildung sind uns nötig.

Die Handwerkerjugend muß von vornherein erzogen werden zum Handwerkerstolz, zu dem Bewußtsein, daß der Handwerksstand ein ehrenvoller Stand ist. Leider gibt es viele Eltern, die einen einigermaßen begabten Sohn für zu schade halten, ein Handwerksmeister zu werden, er muß studieren, oder doch wenigstens Kaufmann werden. Und doch sind für das Handwerk gerade die Besten gut genug. Der Handwerksmeister muß heutzutage auch zugleich Kaufmann sein. Die Handwerkerjugend muß erzogen werden in dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit des guten Standes, damit unsere Meister endlich aufhören, nur auf sich bedacht zu sein, damit sie einsehen, daß sie durch die Hebung der gesamten Standesinteressen nicht die Konkurrenz stärken, sondern sich der Konkurrenz erwehren. Unsere Jugend muß einsehen lernen, daß nur der vorwärts kommt, der etwas lernt und zur regen Benutzung aller Bildungsgelegenheiten angehalten wird. Woher sollen wir sonst die intelligenten Führer im Berufsstande nehmen? Die Leute, die bis in den Reichsrat des deutschen Handwerks hinein unser Wohl und Wehe beraten? Darum noch einmal: "Die Besten sind uns gut genug!"

Spar- und Girokassa Dippoldiswalde.

Geschäftszeit: Montags bis Freitags vormittags von 1/2 9 bis 1/4 1 Uhr nachmittags von 2 bis 3 Uhr, Sonnabends von 1/2 9 bis 12 Uhr.

Hausbesitzerverein Dippoldiswalde.

Seute Dienstag abends 8 Uhr Jahresversammlung im Hofsch

* Eine Abfuhr. In letzter Woche ging, so lesen wir in der Erfurter "Mitteldeutschen Zeitung", eine junge Dame mit einem etwa 5 jährigen Kinde auf dem Wahnseil in Wehra spazieren, um auf den nächsten Zug zu warten. Zwei Engländer traten an sie heran und fragten in englischer Sprache, wann der nächste Zug nach Berlin fahre. Ton und Haltung einfach ungezogen. Obwohl die Dame den Inhalt der Frage verstanden hat, erwidert sie, daß man in Deutschland sei und hier deutsch zu sprechen hätte. Darauf einer der beiden Engländer, freilich etwas radebrechend, aber immerhin doch in deutscher Sprache: "Die Deutschen stehen so unter englischem Druck, daß man verlangen kann, daß jeder Deutsche Englisch kann oder lernt!" Darauf das kleine Mädchen, das die Fremden neugierig von oben bis unten angeschaut hat: "Dank, du mußt erst aufessen, es schickt sich nicht, mit vollem Munde zu sprechen!" Schallendes Gelächter der Umstehenden. Das "Kau" derweil des Engländers ist dem Kinde gewiß doppelt unangenehm aufgefallen.

Kirchen-Nachrichten.

Mittwoch den 19. Juli 1922.

Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Bibelstunde: Pfarrer Rosen. Vörsenfeld. Abends 8 Uhr Andacht im Diakonissenheim.

Donnerstag den 20. Juli 1922.

Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Männerbibelstunde in der Frauenstraße 310 B. (Text: Hebräer 10, 26 ff.) Vörsenfeld. Abends 1/2 6 Uhr Andacht in der Kapelle.

Produzentliste zu Dresden, am 17. Juli Amtl. Notierungen. Weizen 1850 bis 1075. Roggen 800-820. Sommergerste, jährl. 940-990. Wintergerste, neue, 850-880. Hafer 680-1000. Mais 900-910. Weizen 1050-1100. Lupinen, blaue 800 850. Lupinen, gelbe, 1000-1100. Kaps, trocken, 1700-1800. Weizenstroh 1050-1100. Kleie gelbe Erbsen 1000-1050. Rottee, 7500-10000. Trockenheu 670-700. Futterrübenknollen, vollwertig, 740-800. Roggen- und Weizenstroh 220 bis 230. Halertroh 240 bis 250. Wiesensoden, laf, 1000, neues 500-600. Weizen, nicht-lähmendes, ——. Weizen, alte 660-680. Roggenkleie 660-680. Roggenmehl 1050-1090. Weizenmehl 1450-1500. Feinste Ware über Notiz.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden am 17. Juli 1922.

Table with columns: Auftrieb, Wertklassen, Preise für 50 kg in M., Lebend-, Schlacht-, Gewicht. Includes items like 1. Rinder: A. Ochsen, 117 1. Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren, 3200-3500 5825-6350

Table with columns: Item description, Price 1, Price 2, Price 3. Includes items like 2. Junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete, 2700 3030 5200-5750, 3. Mählig genährte junge, gut genährte ältere, 2100-2500 4175-4200, 4. Gering genährte ältere job. ältere B. Bullen, 1600-1900 4000-4175

500 Mark Belohnung!

Vergangene Woche ist aus unserem Magazin ein neues Dreibeckenfutter für Drehbänke, 150 mm Ø, mit je 3 Bohr- und Drehboden, Gewicht ca. 7 kg, ohne Fabrikmarke, entwendet worden. Bei Wiedererlangen des Futters oder Nachweisung des Diebes sehen wir obige Belohnung aus.

Weißeritztalwerk G. m. b. H. Dippoldiswalde i. Sa.

Infolge erneuter, ganz bedeutender Bierpreiserhöhungen durch die Brauereien und unserer sich fortwährend enorm steigenden Unkosten sind wir gezwungen, unsere Ausschankpreise auf 9.— M. das Glas und 6.— M. den Schnitt dieses Bier festzusetzen.

Dippoldiswalde, 17. Juli 1922. Gastwirtverein Dippoldiswalde. Saalinhaververband der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde.

Gasthof Oberhäslisch. Heute Mittwoch Schlachtfest.

Briefstache mit Inhalt Reichsadl-Dippoldiswalde verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben bei Eichendorfer, Reichsadler Str. 19.

Tafelversicherungspapieren verloren. Inhalt von 12 M. in Beohumna. Abzugeben bei Martin Schmidt.

Jugendverein "Dreieinigkeit" Reinholdshain und Umgegend. Mittwoch den 19. Juli Versammlung im Gasthof Reinholdshain. Zahlreicher Beteiligung steht entgegen.

Gelbe Perle verloren! zwischen Dippoldiswalde und Reinhardtgrünna. Gegen Belohnung abzugeben Paul Wolf, Dippoldiswalde.

Programme druckt Carl Jehne.

Bruchkranke können auch o. Operat. geh. werd. Langj. erprobte Methode. Nächste Sprechstunde in Dresden, Pension Schäfer, Streblener Str. 8, Montag den 24. Juli von 9-1 Uhr. Spezialarzt Dr. med. Coleman, Berlin W. 35.

Heidelbeeren (nur noch kurze Zeit) liefert auf Bestellung Otto Foller.

Schützenfest Dippoldiswalde.

Vom 22. bis 25. d. M. soll das allbeliebte Schützen- und Volkfest mit folgendem Festprogramm abgehalten werden: Sonnabend 8 Uhr Zapfenstech und Bierprobe auf dem Festplatz Sonntag 6 Uhr Weidw. und Aufstellen des Bogels, 9 Uhr Aufmarsch der Königswachen, 1/2 11 Uhr Frühstück, 1/2 2 Uhr großer Festzug unter Beteiligung der geladenen Vereine. 3 Uhr Beginn des Schießens nach dem Vogel, Montag 6 Uhr Weidw., 9 Uhr Beginn des Schießens nach der Festscheibe, 1/2 11 Uhr Frühstück in der Halle, 2 Uhr Auszug, 3 Uhr Fortsetzung des Schießens, abends Illumination des Festplatzes, Dienstag 1 Uhr Fortsetzung des Schießens, 3 Uhr Auszug, Abendbelustigungen, Schlußschießen, Ausrufung der neuen Könige. Zum Schluß großes Brillantfeuerwerk. Einen zahlreichen Besuch von nah und fern erwarten das Kommando der Vorstand B. Giehl, Major. P. Saubold, Borj.

Schreibgewandter junger Mann im Alter von 16-19 Jahren für sofort gesucht Friedrich Böhme vorm. Chr. Schubart & Heße Filiale Dippoldiswalde

Tüchtige Schlosser

möglichst aus der landwirtschaftlichen Maschinenbranche sucht Maschinenfabrik Dippoldiswalde. Erich Böhme.

Hausgrundstück mit Garten in Dippoldiswalde oder Umgebung zu kaufen gesucht Photograph Meier. Bisttentarten :: C. Jehne

Beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unsers unvergesslichen Vaters, Schwagers und Onkels sind uns unzählige Beweise herzlicher Teilnahme durch Wort, Schrift, Blumenpende und Geleit zuteil geworden, dass es uns drängt, allen nur hierdurch unsern herzlichsten Dank zu sagen. In tiefer Trauer Selma verw. Kothe Alfred und Johanna Kothe und Angehörige.

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 166

Mittwoch den 19. Juli 1922

88. Jahrgang

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Die neuen Sätze ab 1. Oktober.

Es steht nunmehr fest, daß die Reichseisenbahn der Teuerung folgen wird und auch ihrerseits ab 1. Oktober die Personalfahrpreise um 50 v. H. erhöhen wird. Und zwar werden die neuen Einheitsätze für den Kilometer betragen: In der vierten Klasse 45 Pfg., in der dritten Klasse 67,5 Pfg., in der zweiten Klasse 112,5 Pfg., in der ersten Klasse 202,5 Pfg. Die Schnellzugzuschläge werden betragen: Für die Zone I (1-75 Km.) in der dritten Klasse 15 Mark, in der ersten und zweiten Klasse 30 Mark, für die Zone II (76-150 Km.) in der dritten Klasse 30 Mark, in der ersten und zweiten Klasse 60 Mark und für die Zone III (über 150 Km.) in der dritten Klasse 45 Mark, in der ersten und zweiten Klasse 90 Mark.

Auch auf die Zeitkarten aller Art erstreckt sich die Erhöhung der Fahrpreise um 50 v. H. Um jedoch den Berufs- und Siedlungsverkehr zu schonen, soll der sogenannte Notstandstarif, demzufolge die Monatskarten schon jetzt zu nur 16 Einzelfahrten berechnet werden, noch bis dahin ausgebaut werden, daß vom 1. Oktober ab der Berechnung nur 14 bzw. 3½ Fahrten zugrunde gelegt werden.

Als Einheitsatz für den Militärpersonenverkehr ist der Betrag von 20 Pfg. für das Kilometer in Aussicht genommen. Der Preis der Hundesfahrkarten beträgt künftig die Hälfte des Fahrpreises dritter Klasse, eine Bahnsteigkarte wird 1,50 Mark kosten.

Auch der Gepäktarif muß aus denselben Gründen wie der Personentarif zum 1. Oktober 1922 erhöht werden, und zwar ist ein Frachtsatz von 10 Pfg. für 10 Kg. und 1 Km. in Aussicht genommen. Die Mindestfracht für Gepäck wird von 5 auf 10 Mark heraufgesetzt.

Soziales.

— Annahme der neuen Bergarbeiter-Tarife. Bereits vor mehreren Tagen hatte der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter die bei den Essener Verhandlungen unter der Leitung des Reichsarbeitsministers getroffenen Abmachungen angenommen. Jetzt hat auch die in Dortmund tagende Revierkonferenz des freigewerkschaftlichen Alten Bergarbeiterverbandes mit 378 gegen 15 Stimmen dem Einlaufsbeschlusse zugestimmt.

Die geplanten Massenmärschen unterbleiben daher, so daß die drohende Gefahr eines Streikes im Ruhrbergbau beigelegt worden ist. Wie weiter auf dieser Konferenz mitgeteilt wurde, hat die kommunistische Bergarbeiter-Union die Absicht, zum Alten Bergarbeiterverband überzutreten. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes erklärte sich zu Verschmelzungsverhandlungen bereit.

+ Der drohende Streik in der deutschen Textilindustrie. In dieser Woche beginnen im Rheinland Verhandlungen über die Erneuerung des abgelaufenen Manteltarifs für die Textilindustrie der dortigen Bezirke, bei denen die Frage der Einführung der 48-Stundenwoche, gegen die sich der lebhafteste Widerstand der Arbeitnehmer bemerkbar macht, eine große Rolle spielen dürfte. Voraussichtlich dürfte dann diese Frage für das Rheinland zu einer Entscheidung nach der einen oder anderen Richtung hin gebracht werden, was auch für die Stellungnahme der Textilindustrie in den anderen Teilen des Reiches von erheblicher Bedeutung sein wird. Für die nächsten Wochen ist mit der Einsetzung eines Schiedsgerichts im Reichswehrministerium zu rechnen, das über die Frage der Wochenarbeitszeit befinden soll.

Aus Stadt und Land.

** Entlarvung eines politischen Hochstaplers. Nach der bekannten großen Rede des Abgeordneten Helfferich im Reichstag erschien dort, wie feinerzeit mitgeteilt wurde, ein junger Mann, um einen Blumenstrauß für den Redner abzugeben. Er wurde festgenommen und die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums nahm Veranlassung, sich mit diesem Herrn Fritz Werner Fleisch näher zu beschäftigen und ihn als einen Hochstapler zu entlarven. Der 23-jährige junge Mann, ein Berliner, hatte schon vor dem Kriege allerlei Verfehlungen begangen. Nach dem Kriege, in dem er Unteroffizier wurde, während er sich selbst als Offizier ausgab, schickten ihn seine Eltern nach Amerika. In Brasilien spielte er sich wieder als Marineoffizier auf und verschaffte sich dadurch Eingang in den Deutsch-Amerikanischen Kriegerbund. Er kehrte bald nach Deutschland zurück, erschwand sich durch allerlei Hochstapeleien hohe Geldbeträge und die Mitgliedschaft in verschiedenen Organisationen. Die Ueberreichung des Blumenstraußes an Helfferich machte seiner Rolle schließlich ein Ende.

** Opfer der heutigen Zeit. In ihrer Wohnung in der Friedbergerstraße in Charlottenburg vergif-

teten sich die 77-jährige Witwe Marie von Tuscholka und deren Tochter. Die Damen, die ehemals sehr vermögend waren, hatten durch den Krieg ihren Besitz verloren und waren völlig verarmt. Sie kämpften nun ständig mit Nahrungsmittelforgen, da auch die Tochter kürzlich ihre Stellung als Dolmetscherin verloren hatte. Seit etwa 14 Tagen waren nun die Jalousien vor den Fenstern heruntergelassen. Bei der gewaltsamen Öffnung der Wohnung durch die Polizei fand man die Damen tot und schon stark verwest auf. — Am Zoologischen Garten in Berlin erschoss sich ein Student, weil er nicht mehr die Mittel zum Weiterstudieren hatte.

** Räuberschild. Der Straßenräuber Träger aus Ferna, der vor ungefähr drei Wochen den Landjäger Lukow aus Teistungen erschossen hat, wurde dieser Tage in einem Kornfeld zwischen Teistungen und Wehnde als stark verweste Leiche aufgefunden.

** Lübeck ohne Elektrizität. Bei der Ueberlandzentrale Lübeck ist ein neuer Streik ausgebrochen. Die Belegschaft forderte unter Ablehnung des Schiedspruchs einen höheren Stundenlohn. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet, so daß die Versorgung der Krankenhäuser, Wasserwerke usw. mit Strom gesichert ist. Die Straßenbahn mußte ihren Betrieb einstellen. Auch die umliegenden Gebiete, die von der Ueberlandzentrale mit Strom versorgt werden, sind vom Streik schwer betroffen.

** Amerikaner requirieren Kohlentähne. Die Amerikaner haben zwei vorübergehende Kohlentähne mit Inhalt gelapert und sie der Konordia-Hütte in Engers zugeführt, die die Stadt Koblenz mit Gas versorgt. Es handelt sich zum größten Teile um Schmiedekohle, die teils für Frankfurt, Mainz, Baden und Württemberg bestimmt war. Der Vorfall ist um so bedauerlicher, als sich die Amerikaner bisher von rigorosen Requisitionen freihalten gemüht haben.

** Stilllegung der Danziger Werft. Auf der Danziger Werft legten Freitag vormittag auf Ersuchen der Gewerkschaften zunächst die Zimmerer, Tischler und Kupferbeschmiede die Arbeit nieder, bald darauf auch die Maschinisten und Helzer. Die Gesamtzahl der in den Ausstand getretenen Arbeiter beträgt rund 600. Da infolge des Ausscheidens dieser Arbeiterkategorien ein Fortführung des Werftbetriebes unmöglich geworden ist, hat die Werftleitung den Betrieb der Danziger Werft vollständig geschlossen und alle übrigen Arbeiter entlassen.

** Eisenbahntentat in Oesterreich. In einer hochgelegenen Gegend wurde auf der österreichischen Südbahn

auf den Südbahnstreckzug Wien—Rom ein Freitag verübt. Die Gleise bei Spital am Lemmering waren durch mehrere Eisenbahnschwellen verbarriadiert worden. Die Lokomotive, der Dienstwagen und der nachfolgende Personenwagen entgleisten. So weit bisher bekannt, wurde niemand verletzt. Der Verkehr wickelt sich eingeleisig ab. Die Gendarmerie glaubt, daß es sich um den Versuch eines räuberischen Ueberfalls handele.

Eine flandrische Großweberei verbrannt. Ein großer Brand vernichtete einen Teil einer großen Weberei in Wetteren. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Franken geschätzt. Nahezu 1500 Arbeiter müssen feiern. Zwei Nachtwächter sind verschunden; man nimmt an, daß sie in den Flammen umgekommen sind. Auch in Tourcoing bei Lille brannte eine Großweberei nieder.

Kampf zwischen Schmugglern und französischen Gendarmen. Auf die französische Zollstation bei Saargemünd, das jetzt französisch ist, wurde vor kurzem von einer starken Gruppe deutscher Schmuggler ein Angriff unternommen. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, bei dem zwei französische Zollbeamte schwer verletzt wurden. Nun wurde die Polizei zu Hilfe gerufen, die die davoneilenden Schmuggler verfolgte und zehn von ihnen, denen es nicht mehr gelungen war, über die Grenze zu entkommen, verhaftete.

Das neue Serum gegen Augentrebs und andere Leiden, das Dr. Leo Mühlenbein in München erfunden hat, ist bereits in dem Krebsinstitut von Prof. Dr. Czerny in Heidelberg eingeführt worden. Es soll jetzt in Basel begutachtet werden.

Granatenfunde in der Ruhr. Etwa 40 Geschützgranaten (7,5 Zentimeter) wurden bei Herdecke an der Ruhr gehoben. Man vermutet, daß diese dort in der Zeit des Rapp-Butsches versenkt worden sind.

Faszienskämpfe in Italien. Die Fasziisten besetzten das Gebäude der Arbeitskammer von Cremona und steckten es später in Brand. Auch versuchten sie, mehrere Kommunisten zu verhaften. Militär mit Maschinengewehren ist eingerückt; in der Stadt herrscht vollkommene Unordnung.

Eisenbahnunglück in Paris. Kurz vor dem Pariser Nordbahnhof hat sich infolge der Unvorsichtigkeit eines Weichenstellers ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Ein von Ausflüglern vollbesetzter Vorortzug sprang infolge falscher Weichenstellung aus dem Geleis, so daß mehrere Wagen in Trümmer gingen. Man zählt bis jetzt drei Tote und gegen vierzig Verwundete. Der Materialschaden ist bedeutend. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Eine Millionenerbschaft für die französische Akademie. Der verstorbene Fürst Albert von Monaco hat der französischen Akademie 1 Million Franken hinterlassen.

Französische Furcht vor deutschen „Sklonen“. Während der großen Pariser Parade am Nationalfeiertage in Longchamps wurde ein Deutscher im Alter von ungefähr 30 Jahren verhaftet, der

ihm vorzuziehen machte. Es wurde Le'nac'el Person'alsweis bei ihm vorgefunden, weshalb er der Polizei vorgeführt wurde. Im Laufe des Nachmittags überbrachte einer seiner Verwandten der Polizei seine Aufenthaltserlaubnis. Er wurde dann gegen die Bürgschaft mehrerer angesehenen Personen wieder freigelassen.

Am französischen Nationalfeiertage wurde in Straßburg mit großem Pomp ein Standbild der Marseillaise enthüllt, die bekanntlich in der elsässischen Hauptstadt gedichtet worden sein soll.

Infolge Wolkenbruchs mit Hagelschlag ist das ganze Gebiet der Stadt Marienbad überschwemmt.

Das Geheimnis von Dubshinka.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

(5. Fortsetzung.)

Sie gingen dann noch eine Weile plaudernd spazieren. Der Maler zeigte ihnen das Hotel, in dem er abgestiegen war, freundete sich mit Mary an und erzählte Helene von seinen Arbeiten und Plänen.

Er war ein sehr guter Porträtmaler, besaß in Wien auf der „Hohen Warte“ eine Villa mit prachtvollem Atelier und hatte kürzlich für ein großes Landschaftsbild in Düsseldorf den ersten Preis bekommen.

Helene entnahm aus einzelnen Bemerkungen, daß er mit seiner Kunst sehr viel verdienen mußte, sich bereits einen klangvollen Namen gemacht hatte und überhaupt nie mit der Sorge um das tägliche Brot belastet gewesen war, da ihm als einziger Sohn seiner wohlhabenden Eltern schon früh ein bedeutendes Vermögen zugefallen war.

Gegen Mittag kehrten sie heim. Helene begab sich mit Mary sogleich in den kleinen Speiseraum, wo für das gemeinsame Frühstück gedeckt war. Die Gräfin saß am Kamin und las einen Brief, den sie bei Helenes Eintritt hastig in die Tasche schob. Sie sah blässer aus als gewöhnlich und begrüßte die Heimkehrenden zerstreut.

Gleich darauf erschien ein Diener mit Peter Lindemanns Karte. Gräfin Roschwinsta warf nur einen flüchtigen Blick darauf und sagte dann gleichgültig:

„Ich lasse bedauern — ich bin nicht wohl.“

Ueber diese Abweisung war Helene ärgerlich und enttäuscht.

Ah — es schien, als ob die Gräfin doch nicht mehr die „alte, liebe Grace“ sei! Oder erinnerte sie sich vielleicht gar nicht mehr an den Namen des Malers, der sie einst gemalt. Sie hatte die Karte achtlos und gleichgültig wie die eines Fremden in ein Körbchen auf dem Kaminsims geworfen.

Jetzt wandte sie sich an Helene.

„Bitte, Fräulein, lassen Sie Ihre und Puttchens Sachen nach Tisch packen. Wir reisen heute noch ab.“

„Heute — ab —?“ stammelte Helene, sie erschrocken anstarrend und fühlte zugleich, wie eine grenzenlose Enttäuschung sich ihrer bemächtigte. Jetzt fort, wo Peter Lindemann —

„Nun, was starren Sie mich denn so an?“ fragte die Gräfin nervös. „Paßt es Ihnen nicht, daß wir abreisen?“

„O doch — natürlich — warum sollte . . . Es kommt nur so überraschend . . .!“

„Rein Mann hat mir geschrieben, daß er vorläufig noch nicht von Dubshinka abkommen könne, uns aber später lieber in Italien treffen möchte. Das Klima in Kairo ist ihm zu matt. Wir reisen also nach Neapel.“

Nach Neapel! Helene saß während der ganzen Mahlzeit da wie im Traum und wiederholte in Gedanken ganz mechanisch wie im Takt die beiden Worte: Nach Neapel!

Sie hatte sich früher oft gewünscht, diese vielgerühmte Stadt mit dem nahen Capri kennen zu lernen und Wunderdinge davon geträumt. Warum freute sie sich jetzt so gar nicht darauf?

Während des Essens brachte man der Gräfin eine Depesche. Sie las sie aufmerksam, knüllte sie dann zusammen und schob sie mit einem leeren Lächeln in die Tasche. Nach Beendigung der Mahlzeit sagte sie noch zu Helene:

„Bitte, sorgen Sie ja dafür, daß alles rechtzeitig fertig ist am Abend. Unser Zug geht um 8 Uhr ab, und ich habe stets ein wenig Eisenbahnstever.“

Helene hatte alle Hände voll zu tun, denn die Jose wurde von der Gräfin voll in Anspruch genommen. Alle übrigen Bediensteten wurden entlassen und reichlich abgelohnt. Die noch für ein halbes Jahr gemietete Villa sollte leer stehen bleiben, falls sie nicht zufällig ein anderer übernehmen wollte.

Es war Helene unmöglich, Peter Lindemann noch von dieser plötzlichen Abreise zu verständigen.

„Ich will ihm von Neapel aus schreiben,“ dachte sie. „Vielleicht kommt er uns nach. Und sie fühlte sich merkwürdig getröstet bei dem Gedanken.“

Viertes Kapitel.

Peter Lindemann war sehr verblüfft gewesen, als ihm der Diener meldete, die Frau Gräfin sei nicht wohl und bedauere, keinen Besuch annehmen zu können.

„Das ist ganz einfach eine Ausrede,“ dachte er, „denn wäre sie wirklich krank, würde es mir Helene doch gesagt haben! Sie will mich also nicht empfangen. Aber warum nur? Wir waren doch sozusagen die besten Freunde und sind auch als solche geschieden.“

Je länger er darüber nachdachte, desto mehr bestimmte ihn die Abweisung. Er hatte es sich so einfach gedacht, mit Helene unter dem Schutz der Gräfin verkehren zu können. Nun stand alles in Frage.

Denn sie kompromittieren durch heimliche Zusammenkünfte und heimliche „Zusätze“, die ihr vielleicht Unannehmlichkeiten bereiten könnten, das wollte er nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Drucksjachen für Gemeindebehörden druckt Carl Jehne.

unrühmliches Ende fand. Nach Bericht des Pirnaischen Mönchs Johannes Lindner und seiner Nachschreiber sollte das Schloß ganz, und zwar durch Bergleute von Dippoldiswalde und Freiberg, geschleift worden sein. Das ist nicht der Fall gewesen, sondern ein Teil des Schlosses hat fortbestanden. Vielleicht sind die Steinhauer, welche die Geschützkerne aus Stein herstellten, die in den Rechnungen Erwähnung finden, aus Dippoldiswalde gekommen und dadurch „die Bergleute“ der Ueberlieferung zu erklären. Die Steinbrüche bei Dippoldiswalde und Malter machen dies wahrscheinlich. Bestimmt sind von Dippoldiswalde, Freiberg und Dresden 12½ Wagen Bier nach Dohna abgegangen. Durch die Vorgänge war mit einem Male die Herrschaft des Burggrafengeschlechts in Dippoldiswalde und im Norden und Osten der Stadt gänzlich gebrochen. Der Markgraf nahm das Gebiet völlig in seinen Besitz zurück. Die Bergwerke genossen nunmehr Unterstützung und finden Erwähnung in den Bergrechnungen. Dippoldiswalde blieb auch das ganze 15. Jahrhundert hindurch, abgesehen von zahlreichen Verpfändungen, in den Händen der Landesherren. Hausdorf wurde, nachdem es der Markgraf von Heinrich von Karas gekauft, am 18. Oktober 1402 dem Astrastift zu Meissen geliehen. — Der oben erwähnte Erbvertrag im Hause Wettin von 1387 gelangte durch einen Vertrag vom 11. März 1403 zur Aufhebung, wofür folgende Vereinbarungen Geltung erhielten: Auf Balthasars unbeerbten Todesfall folgen Wilhelm und seine Nessen, auf Wilhelms Absterben Balthasar und seine Nessen, auf die Nessen Friedrich und Wilhelm die Oheime. Am 14. März 1403 huldigte daher der Rat von Dippoldiswalde dem Landgrafen Balthasar und seinen Nessen Friedrich IV. und Wilhelm II. (d. jüng.) auf Markgraf Wilhelms unbeerbten Todesfall. Das Siegel in Talergröße zeigt zwei gekreuzte Bäume ohne Bildnis mit der Umschrift: Civium Dypoldiswalde. — Maxen wird am 26. November 1403 als Leibgedinge Elises, der Gattin des Reinhard Karas, erwähnt, während am 9. Mai 1404 Cunnersdorf, Frauendorf und die Wüstung Hochwald bei Schmiedeberg bezw. Dippoldiswalde Nennung erfahren. — Heinrichs von Rechenberg wird am 29. April 1404 als Besizers von Kreischa gedacht. — Der Markgraf belehnt 1405 Sighard und Dietrich, die Kuneken, Gebrüder, mit Hof, Vorwerk und Garten im Dorfe Ulberndorf und zwei Hufen, gelegen vor der Stadt Dippoldiswalde, wie alles die Kuneken vordem besaßen, mit dem Nicolaiwerk. Es ist dies das Gebiet der heutigen Vorstadt. Die Kuneken oder Kunken sind ein Geschlecht, das später in Freiberg festen Fuß faßte, und dort im Dom die Kunikenkapelle besaß. Das genannte Vorwerk ist das Nicolaiwerk zu Dippoldiswalde. Den Kuniken eignete auch das benachbarte Obercarsdorf, vielleicht auch ein Teil von Sadisdorf. — Die Unterstützung des Bergbaues, die bis zum 31. Januar 1405 reicht, wird nicht mehr erwähnt, weil die Nennung unterstützter Gruben überhaupt nicht mehr erfolgt, ist aber weiter gegangen.

1406 starb der Landesherr Landgraf Balthasar. — Nach dem am 10. Februar 1407 erfolgten Tode Markgraf Wilhelms kam Dippoldiswalde im Vertrag zu Naumburg am 31. Juli 1410 an Friedrich den Jüngeren, dem es Huldigung leistete. 1407 ereignete sich der erste Fall,

daß Stadtbefitz abgetreten wurde. Merten Haman zu Paulsdorf kaufte eine Wiese hinter der Eichleite an der Dorfgrenze für 4 Schock von der Stadt mit der Bedingung, daß bei einem Verkaufe dieselbe für 4 Schock der Stadt wieder angeboten werden muß. — 1411 wird die Stadtgerechtigkeit von Dippoldiswalde bezeugt. Heinrich Burggraf zu Meißen verleiht nämlich Frauenstein Stadtrechte und „solche Gewohnheiten und Recht, als haben die von Dresden oder die von Dippoldiswalde oder die von Sanda.“ 1411 geht ein Stück Acker und Wiese bei Reichstädt an die dortige Mühle unter der Bedingung über, daß Matthäus Müller und seine Nachbesitzer dem Räte zu Dippoldiswalde Geschoß und Zinsen geben und bei etwaiger Entäußerung der Stadt das Vorkaufsrecht lassen sollen. Landgraf Friedrich der Jüngere leiht am 2. Januar 1412 Hans Kerczsch den Anfall am Dorfe Paulsdorf mit Gerichten, Rechten und Zinsen, 2 Maltern Korn, 1 Malter Gerste, 1 Malter Hafer, 2 Schock Geld, 18 Hühnern und 4 Schock Eiern, in dem Gerichte zu Dippoldiswalde gelegen, wie es vordem von Landgraf Wilhelm der Frau Annen „zu den Gezigten“ der ehelichen Hausfrau Hansens von Behenmestorf (Biensdorf Amt Pirna?) selig zum Leibgedinge geliehen worden ist. Dieser Teil von Paulsdorf, der unter dem Gerichte von Dippoldiswalde stand, ist jedenfalls von Dippoldiswalde abgekommen und hängt vermutlich mit dem „Streitholze“ und der „Streitwiese“ zusammen, die an der Berainung liegen. — Am 29. September 1412 wird Schmiedeberg zuerst erwähnt. Michel Opei verkauft 6 Schock jährliche Zinsen zu Grumme (Reinhardtsgrimma) und 2½ Schock zu Jonspach dem Priester Gebhardt Wolfganc zum Altar der Zwölfboten in der Liebfrauenkirche zu Freiberg unter Vorbehalt des Wiederkaufs. Gegeben „in dem Nuwin Smedewerg“, das neue Schmiedewerk ist Schmiedeberg bei Dippoldiswalde, eine Neugründung. In der Bestätigung dieses Wiederkaufs durch Bischof Rudolf von Meißen am 18. März 1413 wird statt Reinhardtsgrimma Golberode genannt. Landgraf Friedrich eignet dem Räte von Dresden am 28. Januar 1412 Quohren und Possendorf. — Bischof Rudolph von Meißen verspricht am 4. Oktober 1412 die ihm von Keßeling von Hermansdorf, zu Polenz gefessen, geliehenen 55 Schock Groschen am nächsten Michaelistage entweder dem Darleiher selbst oder dem gestrengen Ramsolde von Hermannsdorf, zu Heselecht gefessen, aus-zuzahlen. Es ist damit Oberhäslich bei Dippoldiswalde gemeint. — 11 Böcke, d. h. Strauchritter, Straßenräuber, „die uff dem Walde gestruchel“ und Wegelagerei getrieben haben, waren zum Teil gehenkt, zum Teil anderweit bestraft worden. Unter letzteren Straßenräubern befand sich 1413 auch der Bader von Dippoldiswalde. Wir entnehmen daraus, daß bereits in diesem Jahre eine Baderci, d. h. eine Badstube zu Dippoldiswalde bestand. Sie befand sich wohl schon damals in der heutigen Badergasse, aber nicht in dem Eckhause Badergasse/Rosengasse, wie später. — Der 26. November 1413 bringt die Bestätigung der unter dem 18. Oktober zu Luchau getroffenen Zinsensiftung durch den Bischof von Meißen, ferner einer Zusatziftung von 5 Schock Groschen, die auf Wiederkauf erworben worden sind, und des Schutzrechtes der Markgrafen von

M.
Srute Die. Meßen.

Nach Gründung der Universität Leipzig wendeten sich dahin auch von Dippoldiswalde wissensbedürftige junge Leute, z. B. wurde im Sommerhalbjahr Gabriel aus Dippoldiswalde bei der Landsmannschaft der Meißener eingeschrieben, erwarb 1417 die Würde eines Bakkalaureus, kommt 1426 als Bakkalaureandenprüfer und im Wintersemester 1426/27 als Magister vor. Ihm folgte 1417 mit seiner Einschreibung im Sommerhalbjahr Johannes Faber oder Schmidt, d. h. eines Schmiedes Sohn. Ein Johannes aus Dippoldiswalde wird 1418 auch bei der Universität in Erfurt erwähnt. — 1418 soll nach späteren Nachrichten der Sprengel der Stadt- oder Lorenzkirche zu Dippoldiswalde sich angeblich erweitert haben, indem Niederulberndorf, d. i. die Gegend zwischen der Ulberndorfer Weißeritzbrücke bis unterhalb der Nicolaikirche, Einbeziehung erfuhr. Der Pfarrer habe im heutigen Nicolaiwerk, seinem Pfarrgute, gewohnt. Da jedoch die Felder die Bestellungskosten nicht eingetragen hätten, seien sie an die Bürger verkauft, ein Teil des Kaufgeldes zum geistlichen Lehn geschlagen, 200 Gulden aber zu zinsbaren Stämmen gemacht worden, wovon der Pfarrer den Zinsenertrag haben sollte. Von einer Erweiterung des Kirchspieles der Stadtkirche durch den der Nicolaikirche im genannten Jahre kann jedoch nicht die Rede sein, da schon 1346 die Nicolaikirche sprengellos war. Bis 1418 soll Schönfeld ein Filial von St. Nicolai gewesen, dann aber abgetrennt worden sein. Eine Kirche in Schönfeld war 1346 nicht vorhanden. Auch die späteren Verzeichnisse des Kirchenkreises Dippoldiswalde im Mittelalter wissen nichts davon. Die Nachricht ist daher gänzlich unwahrscheinlich. — Der bereits 1412 erwähnte Nickel Opel, in dem „nuwen Smedewerg“ (Schmiedeberg) gefessen, verkauft am 29. Oktober 1418 15 ungarische Gulden Zinsen zu Sadisdorf an Johannes von Bor, Pfarrer zu Tuttendorf, Inhaber des Altars der Kalandbrüderschaft in der Liebfrauenkirche zu Freiberg. Das oben 1412 genannte Neue Schmiedewerk (Schmiedeberg im Weißeritzthale) müssen wir uns in jener Zeit tatsächlich als ein Hammerwerk vorstellen, bei welchem ein Ort entstanden ist. Bis ins 19. Jahrhundert sind oberhalb Schmiedeberg und bei Johnsbach Eisenerze gefunden, in Schmiedeberg geschmolzen und zu Stabeisen und Blech gewalzt worden. Joh. v. Bor lebt als Pfarrer von Tuttendorf und später von Dippoldiswalde von 1418—1439. — Meister Franz von Dippoldiswalde, „eyn lerer der heiligen Schrift, wohnhaftig zcu Dresden“, aus unserer Stadt stammend, oben mehrfach erwähnt, hat Zinsen und Gefälle zu Heynichin (Hänichen), zwischen Bössendorf (Possendorf) und Rippian (Rippien), von Burggraf Jeschke von Dohna auf Rabenau und von der Burggräfin Margarete von Dohna gekauft, welche Landgraf Friedrich zur Kreuzmesse am 21. Dezember 1418 eignet. Unter den Zeugen befindet sich Hannus Karas zu Reinhardtsgrimma. — Der Bettelorden der Franziskaner, zu Dresden gefessen, dehnte seine Wanderungen, bei denen die Brüder milde Gaben für das Kloster heischten, bis in die Gegend von Dippoldiswalde aus. Um dies zu erleichtern, schenkte der genannte Meister Franz von Dippoldiswalde 1419 den Franziskanern von Dresden sein Vaterhaus auf der hiesigen Wassergasse zu einer Terminei, d. h. zur Niederlassung eines Franziskanermönches in Dippoldiswalde, der die Einsamm-

lung der milden Gaben im Bezirke zu besorgen hatte und zu diesem Zwecke mit dem Bettelsacke umherzog, auch die Einhebung der Zinsen und Gefälle besorgte, endlich auch Unterkunft den Angehörigen seines Franziskanerordens gewährte. Am 29. September 1419 eignete Landgraf Friedrich der Jüngere diese fromme Stiftung dem Dresdner Franziskanerkloster.

Am Sonntage nach Unser Lieben Frauen Wurzweihe, den 17. August 1420, freiet und eignet Landgraf Friedrich der Jüngere dem Altar unseres Herren Leichnam in der Kirche der Stadt Dippoldiswalde die Güter, welche der ehrbare Priester Nicolaus Schuemann, Besitzer und Kapellan, nebst seinen Freunden und Gönnern Niksche Scharfachen und Hans Brusern dazu gekauft hat. Der Vikar sollte am Donnerstag die Messe des heiligen Leichnams und Dienstags eine Seelenmesse für diejenigen singen, welche ihr Almosen zur Altarstiftung gespendet haben. — Derselbe Landesherr leihet Nicolaus von Rechenbergs ehelicher Wittin das Vorwerk Erischaw (Kreisch) und 2 Schock Geldes daselbst zum Leibgedinge und gibt ihr Rüdiger von Schern und Apeß Karatz zu Vormunden. — Am 8. Juni 1420 leiht Landgraf Friedrich der Jüngere dem schon genannten Hansen Prusern eine Fleischbank zu Dippoldiswalde, die derselbe dem gestrengen Herrn Nicolaus zu Rechenberg abgekauft hat. Dieselbe, d. h. ihre Nutzungen hat der Käufer der Kirche geschenkt, um sich damit eine Stufe in den Himmel zu bauen. Im 16. und 17. Jahrhundert erscheint die Stadtkirche als Besitzerin dreier Fleischbänke. Nicolaus von Rechenberg war Amtmann zu Dippoldiswalde. Die Fleischbänke befanden sich an der Südseite des Rathhauses am Kirchplatze. — 1421, am 21. Dezember, überläßt der Landesherr den Bürgern von Dippoldiswalde die Stadtgerichte, ausgeschlossen die obersten Gerichte, welche Hals und Haut anrühren, auf 3 Jahre. Dafür sollen dieselben der Kammer des Landgrafen Friedrich, oder wohin sie sonst damit gewiesen werden, 14 Schock neue Groschen zahlen. — Ob Meister Franz, der Arzt zu Dresden, † 1421, zur Familie der Franze von Dippoldiswalde gehört, ist zweifelhaft. — 1422 wird der Priester und Kapellan Nicolaus Schumann abermals als Inhaber des Altars corporis Christi, unseres Herren Leichnam, in der Kirche zu Dippoldiswalde bezeichnet.

Land- und Markgraf Friedrich der Jüngere erteilt am 25. Juni 1423 der Stadt Dippoldiswalde einen Gunstbrief, nach welchem die niedere Gerichtsbarkeit, die bisher aller drei Jahre neu gelöst werden mußte, dem Räte erblich zustehen sollte. Der letztere behielt damit im Weichbilde dauernd das Belehnungsrecht, die Befugnis zur Ausstellung von Gunst-, Geburts-, Kundschaftsurkunden und der Erteilung von Bürger- und Handwerksbriefen. Vor 1424 soll Friedrich der Streitbare die Stadt dem Tham von Nebelschütz übergeben haben. — Am 20. November 1424 bekennet Tham von Nebelschütz für sich und seine Erbnehmer, die Vorwerke Wolframsdorf und Ziegenrück, das heutige Stadtgut und ein aufgetheiltes Vorwerk, dessen Felder zwischen Schwarzbach und Froschleite lagen, käuflich mit allen Rechten zinsfrei der Stadt überlassen zu haben. Der Kurfürst Friedrich der Jüngere, der Streitbare, eignete im selben Jahre die Vorwerke mit allen „trenn rechten nutzen, wördenn vnnnd zuge-

unrück
Lind
Berg
Das
besta
Stein
diswo
erklär
wahr
12 1/2
mit e
walde
Mark
werke
Berg
hindu
Land
von
lieber
gelan
folgen
Tode
Balk
die D
walde
Wilh
Das
der U
1403
wahr
Hoch
Heim
Kreis
die K
dorf
die K
Gebie
schlec
Kunil
zu D
carsd
Berg
weil
aber
10. F
walde
Jänge